

## Protokoll

### des Einwohnerrats Zofingen

#### Amtsperiode 2022–2025

#### 5. Sitzung 2025

|                 |   |
|-----------------|---|
| Datum           | Montag, 24. November 2025   |
| Zeit            | 18.00 – 21:02 Uhr   |
| Ort             | Stadtsaal   |
| Vorsitz         | Matthias Hostettler, Einwohnerratspräsident   |
| Protokollführer | Patrick Siegrist, Einwohnerratssekretär   |
| Anwesend        | <b>40 Mitglieder des Einwohnerrats</b><br>Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat <sup>5, 6</sup><br>Anderegg Simon (SP), Einwohnerrat<br>Böni Rainer (FDP/ZM), Einwohnerrat <sup>5</sup><br>Brünisholz Joël (Grüne), Einwohnerrat<br>Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin<br>Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin <sup>6</sup><br>Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat<br>Gassner Rahel (SVP), Einwohnerrätin<br>Graf Michèle (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin<br>Grossenbacher Fabian (SVP), Einwohnerrat <sup>3</sup><br>Gygax Attila (glp), Einwohnerrat<br>Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat <sup>1</sup><br>Hottiger Tobias (FDP/ZM), Einwohnerrat<br>Kast Jürg (Grüne), Einwohnerrat<br>Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat<br>Kirchhofer André (FDP/ZM), Einwohnerrat<br>Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat<br>Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin <sup>6</sup><br>Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin<br>Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat <sup>5</sup><br>McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin <sup>3, 4</sup><br>Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat <sup>4, 6</sup><br>Nadler Daniela (SVP), Einwohnerrätin <sup>5</sup><br>Negri Marco (SVP), Einwohnerrat <sup>6</sup><br>Plüss Andrea (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin<br>Scheidegger Elisa (SP), Einwohnerrätin <sup>4</sup> |

Schifferle Zeno (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat  
Schindler René (SVP), Einwohnerrat  
Schnider Christian (glp), Einwohnerrat  
Schürch Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin<sup>5, 6</sup>  
Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin  
Sjöberg Anders (glp), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin  
Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
Szedlák Stéphanie (EVP-Die Mitte)  
Wacker Michael (SP), Einwohnerrat<sup>5</sup>  
Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin  
Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat<sup>2</sup>  
Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin<sup>5</sup>  
Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

**Entschuldigt**

-

**Legende**

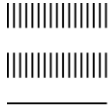
<sup>1</sup>Präsident  
<sup>2</sup>Vizepräsident  
<sup>3</sup>Stimmzähler/in Einwohnerrat  
<sup>4</sup>Stimmzähler/in Wahlbüro  
<sup>5</sup>Mitglied FGPK  
<sup>6</sup>Fraktionspräsident/in

**Verteiler**

Mitglieder des Einwohnerrats  
Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 12. Januar 2026 auf [www.zofingen.ch](http://www.zofingen.ch).

| <b>Traktanden</b>  | <b>Seite</b> |
|--|--------------|
| 1. Mitteilungen  | 4            |
| 2. Einbürgerungen<br>ER.2025.034–036   | 5            |
| 3. ER.2025.028<br>Überbauung Untere Vorstadt – Einräumung eines Baurechts  | 6            |
| 4. ER.2025.042<br>Entschädigung Stadtratsmitglieder - Flexibilisierung innerhalb des bewilligten Budgets   | 15           |
| 5. ER.2025.037<br>Interpellation von Raphael Lerch (SVP) vom 15. September 2025 betreffend "Geplante öffentliche Parkierungsanlage in der Überbauung Untere Vorstadt"; Beantwortung Stadtrat | 17           |
| 6. ER.2025.038<br>Interpellation von Rainer Böni (FDP) vom 15. September 2025 betreffend "Haltung des Stadtrats gegenüber politischen Vorstössen"; Beantwortung Stadtrat                     | 17           |
| 7. ER.2025.039<br>Interpellation von Anders Sjöberg (glp) vom 15. September 2025 betreffend "Bevölkerungswachstum und seine Auswirkung auf Zofingen"; Beantwortung Stadtrat                  | 17           |
| 8. ER.2021.196.2<br>Postulat von Franziska Kremer (SP) vom 21. Juni 2021 betreffend "Schaffung einer freiwilligen öffentlichen Tagesschule in Zofingen"; Bericht Stadtrat                    | 18           |
| 9. ER.2022.051.2<br>Postulat von Luc Zobrist (FDP) vom 24. Oktober 2022 betreffend "Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens von Veranstaltungen"; Bericht Stadtrat                          | 19           |
| 10. 2024.014<br>Postulat von Gian Guyer (Grüne) vom 18. März 2024 betreffend "Begrünung des Bahnhofplatzes in Zofingen"; Haltung Stadtrat  | 20           |
| 11. ER.2024.041<br>Postulat von André Kirchhofer (FDP) vom 25. November 2024 betreffend "Neubeurteilung Spitex-Dienstleistungen"; Haltung Stadtrat   | 23           |



---

## Traktandum 1 – Mitteilungen

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident,  
begrüsst die im Saal anwesenden Personen zur heutigen Sitzung.

Für die heutige Sitzung hat sich niemand entschuldigt. Joël Brünisholz und Maik Müller treffen später ein.

Der Rat ist **aktuell mit 38 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Der Präsident stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. September 2025** wurde am 7. November 2025 verschickt. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

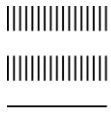
Gratulationen an André Kirchhofer zur Wahl als Stadtpräsident und an Robert Weishaupt als Vize-stadtpräsident.

### Tischauflagen

- Flyer Kunsthaus Zofingen

### Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Postulat von Hans Rudolf Sommer (SP) betreffend Sicherstellung eines zeitgemässen Schwimmunterrichts nach LP 21



---

## Traktandum 2 – Einbürgerungen

### ER.2025.034–036

*Eintreten ist nicht bestritten.*

#### **Raphael Lerch**, Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Gesuche geprüft und für in Ordnung befunden. Alle Gesuchsteller erfüllen die Kriterien für eine Einbürgerung. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Kandidierenden das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

#### **Abstimmungen**

ER.2025.034

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

---

ER.2025.035

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

---

ER.2025.036

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

---

#### *Hinweise*

- *Die Einbürgerungen erfolgen mit Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.*
- *Die Einbürgerungsvorlagen werden aufgrund der gesetzlichen Vorgaben (Datenschutz) nicht veröffentlicht. Diese können auf Anmeldung bei der Stadtkanzlei eingesehen werden. 90 Tage nach der Sitzung werden die veröffentlichten Personendaten der gesuchstellenden Personen entfernt (§ 5 KBüV).*

---

### Traktandum 3

#### ER.2025.028.2

#### Überbauung Untere Vorstadt – Einräumung eines Baurechts

*Eintreten ist nicht bestritten.*

*Maik Müller trifft um 18.10 Uhr.*

*Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 39*

**Michael Wacker**, Referent FGPK,

berichtet, dass die FGPK das Geschäft am 27. August und am 6. November behandelt hat. Am 27. August prüften 8 Mitglieder die Vorlage während rund zwei Stunden zusammen mit der Stadtpräsidentin, dem Leiter Finanzen und dem Leiter Tiefbau. Er hält fest, dass der Einwohnerrat gemäss Gemeindeordnung Art. 15 Abs. 2 über die Erteilung eines Baurechts entscheidet, während der Stadtrat die Vertragsmodalitäten festlegt. Trotzdem liegt der FGPK ein Vertragsentwurf vor. Die Vorlage betrifft ein Schlüsselgrundstück in Zofingen und ein Baurecht über 90 Jahre. Grundlage bilden ein Gestaltungsplan, ein bewilligtes Strassenbauprojekt und ein Investorenwettbewerb. Der Investor soll ein öffentliches Parkhaus mit rund 150 Plätzen erstellen. Die Diskussionen drehen sich vor allem um Landwert, Baurechtsvertrag, Rückfallbedingungen, Baurechtszins, Transparenz und die Rolle der DOMUM. Die Meinungen gehen stark auseinander, ohne dass extreme Ablehnung oder Begeisterung überwiegt. Das Protokoll umfasst acht Seiten.

Die erste Abstimmung ergibt 6 Ja und 2 Nein. Danach wird das Geschäft im Einwohnerrat abtraktandiert, und die SVP reicht 43 Fragen ein, die der Stadtrat beantwortet. In der zweiten Sitzung der FGPK, erneut mit 8 Mitgliedern, zeigt sich ein ähnliches Bild: Für einige sind die Antworten zufriedenstellend, für andere nicht. Die Abstimmung fällt knapper aus: 4 Ja, 3 Nein, 1 Enthaltung.

Im Fazit hält er fest: Das Baurecht läuft 90 Jahre, der Basislandwert beträgt 9,5 Mio. Franken, der jährliche Baurechtszins mindestens 190'000 Franken. Zusätzlich erhält die Stadt ein Parkhaus, das sie selbst rund 7,5 Mio. Franken kosten würde. Die Mehrheit der FGPK unterstützt die Vorlage sowohl im September wie auch im November.

**Marco Negri**, Fraktionsvotum (SVP),

legt im Namen der SVP-Fraktion dar, dass die Fraktion die Bedeutung des Schlüsselareals Untere Vorstadt anerkennt und das Projekt als sinnvoll beurteilt. Kritik richtet sich jedoch gegen die Ausgestaltung des Baurechts durch den Stadtrat, da der vorliegende Vertragsentwurf aus Sicht der Fraktion ein erhebliches finanzielles Risiko für die Stadt schafft.

Er bemängelt, dass der Stadtrat die Grundparameter des Baurechts erst spät mit dem Einwohnerrat geklärt habe, obwohl Investor und Beteiligte bereits viel Geld und Zeit investiert hätten. Die SVP sieht klare Voraussetzungen, bevor sie der Abgabe des Grundstücks im Baurecht zustimmt.

Erstens kritisiert er den Baurechtszins von 190'000 Franken pro Jahr, basierend auf einem Landwert von 9,5 Mio. Franken. Lokale Schätzungen würden jedoch einen Landwert von 13,8 bis 15,9 Mio. Franken nahelegen, was einen Zins von 276'000 bis 318'000 Franken rechtfertigen würde. Zudem fehle eine Anpassung an die Bodenwertentwicklung über 90 Jahre, was zu dauerhaft tiefen Erträgen führe.

Zweitens bezeichnet er die Heimfallregelung als finanzielles Damoklesschwert. Die Stadt müsse nach 90 Jahren 80 % des dannzumaligen Verkehrswerts entschädigen. Bei einem heutigen Investitionsvolumen von 50 Mio. Franken und einer Wertsteigerung von 1 % ergäbe dies in 90 Jahren 123 Mio. Franken, wovon 98 Mio. Franken zu entschädigen wären. Bei 1,5 % wären es 153 Mio., bei 2 % sogar 238 Mio. Franken. Diese Summen würden die Stadt massiv verschulden, da sie kaum über

entsprechende liquide Mittel verfügen werde. Die Argumentation des Stadtrats, es handle sich um einen Aktivtausch, bezeichnet er als Augenwischerei.

Er fordert deshalb einen ordentlichen Heimfall zu 10 % des Verkehrswerts. Nach 90 Jahren seien die Gebäude vollständig amortisiert, und eine Entschädigung von 80% sei weder wirtschaftlich notwendig noch üblich. Eine hohe Quote setze zudem Fehlanreize für teure Sanierungen kurz vor Ablauf, die den Verkehrswert künstlich erhöhten.

Drittens kündigt er an, dass der vorzeitige Heimfall ein weiteres zentrales finanzielles Risiko darstellt und warnt, dass der vorzeitige Heimfall noch gefährlicher sei als der ordentliche. Er kann bei Vertragsverletzungen oder Streitigkeiten eintreten und die Stadt müsste die Gebäude zum Verkehrswert übernehmen – auch schon nach wenigen Jahren. Da der Bewertungsabschlag in den ersten Jahrzehnten minimal ist (1,2 % nach 10 Jahren, 3,6 % nach 20 Jahren, 6 % nach 30 Jahren), müsste die Stadt die Bauten teurer zurückkaufen, als sie je gekostet haben. Das würde zweistellige, nicht budgetierte Millionenbeträge erfordern, den Finanzhaushalt überlasten und andere Investitionen blockieren. Ein solcher Mechanismus zerstöre die finanzielle Planungssicherheit.

Die SVP fordert deshalb einen sofortigen Abschlag von 20 % beim vorzeitigen Heimfall, der über die Laufzeit linear ansteigen soll. So sollen Spekulationen und Fehlanreize verhindert werden.

Weiter kritisiert er, dass der Baurechtsnehmer ab Vertragsunterzeichnung alle Mietzinseinnahmen erhält – aktuell 240'000 Franken pro Jahr –, während bei Einsprachen der Baurechtszins sistiert wird. Einsprachen seien in der Unteren Vorstadt praktisch sicher. Damit profitiere der Baurechtsnehmer, ohne der Stadt etwas zu zahlen, während diese weiterhin Altlasten, Infrastruktur und Projektrisiken trägt. Nutzen und Schaden sollen deshalb erst mit rechtskräftiger Baubewilligung übergehen.

Er bemängelt zudem, dass Altlastensanierung, Strassenumlegung, Anpassungen beim Bärenhof-Parking sowie Unterhalt und Betrieb der öffentlichen Parkplätze zulasten der Stadt gehen, während das Eigentum beim Baurechtsnehmer bleibt. Auch die 150 unterirdischen Parkplätze seien vertraglich nicht verbindlich zugesichert.

Im Fazit unterstützt die SVP das Projekt, lehnt aber den Vertrag ab. Sie fordert eine Rückweisung mit folgenden Anpassungen: marktconformer Baurechtszins, ordentlicher Heimfall zu 10 % des Verkehrswerts, angepasste Regelung beim vorzeitigen Heimfall, Übergang von Nutzen und Schaden erst mit rechtskräftiger Baubewilligung, Entlastung der Stadt bei Altlasten und Infrastruktur, verbindliche Zusicherung der 150 Parkplätze sowie eine kürzere Vertragsdauer.

*Joël Brünisholz trifft um 18.25 Uhr.*

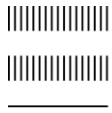
**Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 40**

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident,

erklärt, dass der Rückweisungsantrag nach den Voten der Fraktionen und des Stadtrats beraten wird, und zwar vor der Detailberatung.

**Zeno Schifferle**, Fraktionsvotum (EVP-Die Mitte),

bedankt sich bei Marco Negri für die detaillierte Erklärung und betont, dass es bei der Abstimmung nicht nur um die Abgabe eines Grundstücks im Baurecht geht, sondern um die Zukunft und das Gesicht der Stadt Zofingen. Er erkennt an, dass der Einwohnerrat ein komplexes Geschäft zu bewerten hat, da die Beurteilung eines Baurechtsvertrags mit all seinen Konsequenzen für Laien schwierig ist. Schifferle findet, dass die ausgehandelten Bedingungen bezüglich Baurechtszins und Heimfallregelung sehr investorenfreundlich sind und vermutet, dass dem Stadtrat bei den Verhandlungen die Luft ausgegangen ist. Er wünscht sich bessere Verhandlungen mit dem Investor. Die Fraktion EVP-Die Mitte steht dem Geschäft grundsätzlich positiv gegenüber und sieht das Projekt als positiv und zukunftsweisend an. Sie wäre grundsätzlich für eine Abgabe des Baurechts.



**Salome McNaught**, Fraktionsvotum (SP),

fasst zusammen, dass das Projekt der Unteren Vorstadt nun zur Entscheidung vorliegt. Die SP ist überzeugt, dass die Stadt die richtige Strategie verfolgt, indem sie das Land im Baurecht abgibt. Sie betont, dass man weiss, was und wie auf dem Areal gebaut wird, wer bauen wird und wie viel Geld die Stadt Zofingen über die nächsten 90 Jahre mindestens erhält. Das Siegerprojekt erfülle städtebauliche und architektonische Anforderungen sowie Funktionalität, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Ein öffentliches Parkhaus bringe einen Zusatznutzen ohne hohe Investitionen.

Die SP weist auf einige Punkte hin, darunter die Zusammenhänge zwischen Siedlungs- und Strassenbauprojekt sowie das Mikroklima in der Überbauung. Sie schlägt vor, den Kaltluftdurchgang im Baufeld D zu vergrössern. Aus den Antworten der SVP ergeben sich keine neuen Erkenntnisse, jedoch gibt es Mängel im Baurechtsvertrag, die in der Detailberatung angesprochen werden.

Zur DOMUM, die bauen wird, betont die SP, dass sie zwar keine klassische Wohnbaugenossenschaft ist, aber die Vergabe unterstützt wird, da die Philosophie und das Siedlungskonzept überzeugen. Vollumfänglich geplante Mietwohnungen werden begrüsst.

Zu den Finanzen erwähnt Salome McNaught, dass der Stadtrat gut verhandelt hat und das Optimum herausgeholt wurde. Der Basislandwert von 9,5 Millionen sollte nicht isoliert betrachtet werden, sondern mit den geforderten Investitionen und Auflagen ergänzt werden. Die SP stützt den Antrag des Stadtrats und dankt für die Ausarbeitung. Der Stadtrat hat es verstanden, aus einem unseres Erachtens nicht optimalen Gestaltungsplan das Optimum herauszuholen und die Anliegen der Bevölkerung einzubinden, so zum Beispiel den Erhalt der Blutbuche oder die Erstellung eines zweiten Parkhauses. Sie bittet die anderen Fraktionen, die Vorlage ebenfalls anzunehmen.

**Alice Sommer**, Fraktionsvotum (Grüne),

erklärt, dass die Fraktion der Grünen die Einräumung des Baurechts für die Überbauung der Vorstadt unterstützt. Sie betont, dass dies eine konsequente Fortführung früherer politischer Entscheidungen sei und eine nachhaltige Bodenpolitik sowie langfristigen Einfluss auf das Areal sichere. Der Baurechtszins sei im Bieterverfahren ermittelt worden und reflektiere die anspruchsvolle Ausgangslage. Sie erwähnt, dass das Siegerprojekt Chaturaji und der Investor DOMUM überzeugend seien. Die Kritik am vermeintlich tiefen Baurechtszins sei zu kurz gegriffen, da das zusätzliche Parkhaus ein zentrales Zuschlagskriterium war und die Stadt es nicht selbst finanzieren müsse. Das Parkhaus schaffe zudem die Chance, oberirdische und teilweise rechtswidrige Parkplätze abzubauen.

Alice Sommer äussert jedoch auch Bedenken. Der Wohnungsmix überzeuge noch nicht vollständig, und sie wünscht sich grössere, erschwingliche Familien- und WG-Wohnungen. Die Verkehrsführung, insbesondere die Spitalgasse und die Anlieferung, benötige weitere Abklärungen. Zudem erwarte man ein klares Bekenntnis zur vollständigen Aufhebung und Aufwertung der Parkplätze bei der Unteren Promenade als öffentlichen Freiraum.

Trotzdem halte sie nach 20 Jahren Planung einen Entscheid für notwendig. Sie betont, dass der Stadtrat unter den bestehenden Rahmenbedingungen das Bestmögliche erreicht habe, und die Grünen dem stadträtlichen Antrag zustimmen werden.

**Adrian Gaberthüel**, Fraktionsvotum (FDP/ZM),

hält fest, dass die Vergabe des Landes im Baurecht zwangsläufig Risiken mit sich bringt. Wer in den freien Markt eintrete, müsse unternehmerisch handeln, und das gehe nicht ohne Risiko. Der aktuelle Druck auf den Vertragsentwurf könne damit zusammenhängen, dass dieser zu investorenfreundlich ausgestaltet sei – ein Punkt, den auch Fachleute bestätigt hätten.

Er beschreibt die Vorlage als komplex und betont, dass auch die FDP-Fraktion lange diskutiert habe, wie tief sie sich überhaupt einbringen könne. Grundsätzlich stelle sich die Frage, ob überhaupt viele Investoren bereitstünden, ein Projekt mit so vielen Vorgaben zu übernehmen. Möglicherweise sei

die Auswahl klein gewesen, was den Stadtrat zu Kompromissen gezwungen habe. Ebenso sei denkbar, dass in den Verhandlungen zu wenig herausgeholt worden sei.

Die Fraktion steht dem Projekt positiv gegenüber, sieht aber ebenfalls Bedenken und Potenzial für Nachverhandlungen zugunsten der Stadt, insbesondere zur Reduktion finanzieller Risiken. Bedauert wird, dass der SVP-Antrag erst kurz vor der Sitzung eingetroffen sei und deshalb nicht seriös geprüft werden konnte. Die Fraktion stimmt dem Antrag deshalb grundsätzlich zu.

**Attila Gygax**, Fraktionsvotum (glp),

hält fest, dass bei der Unteren Vorstadt kein Entscheid ohne Schwierigkeiten möglich sei. Das liege weniger am aktuellen Vertragsentwurf als an der grundsätzlichen Situation: Zofingen werde in den nächsten Jahren stark wachsen, mehrere grosse Projekte seien in Planung oder im Baubewilligungsverfahren. Die Untere Vorstadt sei das einzige Gebiet, in dem die Stadt das Wachstumstempo selbst steuern könnte. Diese Chance sei aus Sicht der GLP teilweise verpasst, da das Areal nun aus der Hand gegeben werde. Gleichzeitig warnt er vor den Folgen, wenn überall gleichzeitig gebaut werde und rund 700 zusätzliche Autos entstünden.

Er erinnert daran, dass die Machbarkeitsstudie über 20 Jahre alt sei und der Gestaltungsplan darauf basiere. Einige Elemente – etwa beim Hitzeschutz – würde man heute nicht mehr so planen. Trotzdem beurteilt er das Wettbewerbsverfahren und den Architekturwettbewerb als gelungen und begrüsst grundsätzlich die Wahl eines Baurechtsvertrags.

Das Verkehrsprojekt mit Kreisel sei politisch legitimiert und breit abgestützt. Inhaltliche Mängel im Vertrag, im Gestaltungsplan oder im Vorgehen seien letztlich Verantwortung des Stadtrats, und diese müsse dort bleiben. Für die GLP sei klar: Baurecht sei einem Verkauf vorzuziehen, da es generationengerecht sei. Dass der Vertrag Lücken habe, erstaune nicht, da die Stadt wenig Erfahrung mit Baurechtsverträgen habe.

Die GLP-Fraktion unterstützt Baurechte grundsätzlich. Wie sie zum Rückweisungsantrag steht, sollen die einzelnen Mitglieder selbst darlegen.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

betont, dass zur Unteren Vorstadt viele Punkte eingebracht wurden und sie zunächst Grundsätzliches klärt. Das Areal sei ein Schlüsselgebiet für die Stadtentwicklung und habe eine lange, bewegte Geschichte. Der heutige Zustand sei unbefriedigend, besonders als Eingangstor zur Altstadt. Seit Jahren sei klar, dass dort zusammen mit der verkehrlichen Neuordnung ein Wohn- und Lebensraum mit höherer Qualität entstehen soll. Der Regierungsrat habe 2021 bestätigt, dass eine gemischte Überbauung den Bereich aufwerte und zur innerstädtischen Verkehrssituation passe.

Sie erinnert daran, dass das Projekt nicht auf der grünen Wiese entstehe, sondern komplex sei: Kompromisse im Gestaltungsplan, Höhenabstimmungen zur Nachbarschaft, verkehrliche Herausforderungen, Abwasser und Werkleitungen. Deshalb erstaune es nicht, dass die Angebote im Investorenwettbewerb nicht extrem hoch ausgefallen seien. Die oft genannten 1'300 Franken pro m<sup>2</sup> seien je nach Quelle unterschiedlich; die Bewertung im Vertrag entspreche den Marktverhältnissen.

Ein zentraler Punkt sei die dringend notwendige Lösung der Parkplatzsituation. Die unterirdische Parkierung entlaste den Bifang, die untere Promenade, den Stadtsaal und das Oberstufenzentrum. Das Areal sei bereits vor 20 Jahren als Leuchtturmprojekt ausgezeichnet worden, und nach 20 Jahren Planung müsse der Einwohnerrat nun entscheiden, ob der nächste Schritt erfolgt oder ob man erneut stehen bleibt.

Der Investorenwettbewerb habe nicht nur den Preis, sondern auch andere Kriterien berücksichtigt. Mit DOMUM liege ein überzeugendes Konzept vor: generationenübergreifendes, bezahlbares Wohnen mit sozialer Begleitung. Eine Studie zeige, dass bis 2040 rund 400'000 Alterswohnungen benötigt werden; die Untere Vorstadt leiste dazu einen konkreten Beitrag.

Heute gehe es um den Grundsatzentscheid zur Einräumung des Baurechts, der beim Einwohnerrat liege. Die Vertragsverhandlungen führe anschliessend der Stadtrat. Die Eckpfeiler der Vorlage seien üblich. Den Vorwurf schlechter Verhandlungen weist sie zurück. Die Heimfallregelung von 70–80 % des Verkehrswerts sei schweizweit gängig. Der Verkehrswert bilde den Zustand der Gebäude korrekt ab: Bei schlechter Qualität sei er tief, bei guter hoch. Zudem könne die Stadt die Gebäude später problemlos zum vollen Verkehrswert weiterverkaufen.

Zum Risiko hält sie fest, dass jede Investition zukünftige Generationen betreffe – das gelte für alle politischen Entscheide. Beim Landpreis gebe es unterschiedliche Einschätzungen; die Stadt habe den Markt spielen lassen und sich beraten lassen. Ein höherer Landpreis würde die Mieten verteuern, was dem Ziel des bezahlbaren Wohnraums widerspreche.

Auch beim vorzeitigen Heimfall gelte dieselbe Logik wie beim ordentlichen: Entscheidend sei der Zustand der Gebäude und der Verkehrswert. Erfahrungen anderer Städte zeigten, dass ein Weiterverkauf möglich sei.

Beim Vertrag betont sie, dass der Stadtrat einzelne Punkte mit der Baurechtsnehmerin noch verhandeln könne und die eingebrachten Anregungen aufnehmen werde. Den Vorwurf von Unwissen oder schlechten Verhandlungen weist sie zurück: Der Vertrag sei von Fachleuten mit grosser Erfahrung im Baurecht ausgearbeitet worden, und der Stadtrat habe sorgfältig gehandelt.

Ihr ist wichtig, dass eine Lösung vorliegt, die die Entwicklung des Gebiets ermöglicht. Sie fordert den Einwohnerrat auf, den Rückweisungsantrag abzulehnen und auf das Geschäft einzutreten.

#### *Diskussion über die Rückweisung*

**Attila Gygax**, Einwohnerrat,

bedankt sich für die Präsentation des Rückweisungsantrags und stellt Verständnisfragen zu dessen sechs Punkten. Er weist darauf hin, dass die Öffentlichkeit den Antrag nicht sehen könne und hofft auf eine nachträgliche Veröffentlichung. Er betont, dass aus seiner Sicht die Punkte 3 bis 6 weniger risikorelevant seien. Die langfristig entscheidenden Risiken für kommende Generationen lägen bei den Punkten 1 und 2, also bei der Heimfallregelung. Diese sehe vor, dass die Stadt beim Heimfall 80 % des Verkehrswerts bezahlen müsse.

Er skizziert seine Überlegung: Wenn der Baurechtsnehmer gegen Ende der Laufzeit nicht mehr investiere und die Gebäude verlottern lasse, falle der Verkehrswert entsprechend tief aus. Bewertet werde dann nur der Zustand der Gebäude, nicht der Landwert. Damit müsste die Stadt am Ende 80 % eines tiefen Verkehrswerts übernehmen und könnte die Bauten anschliessend abrechnen. Er fragt nach, ob diese Interpretation korrekt sei.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat,

entgegnet, dass die von der SVP genannten 1'500 Franken pro m<sup>2</sup> Landwert zu hoch gegriffen seien. Der Investor müsse ein unterirdisches Parkhaus mit 150 Plätzen bauen, was bei rund 50'000 Franken pro Platz etwa 7,5 Mio. Franken koste. Diese Investition könne man dem Landwert zurechnen, womit man bei rund 17 Mio. Franken lande. Aus seiner Sicht habe der Stadtrat also nicht schlecht verhandelt.

Zum Heimfall erklärt er, dass 80 % des Verkehrswerts eine faire und übliche Regelung seien. Niemand würde ein Haus, das 1 Mio. Franken wert ist, für 800'000 oder 900'000 Franken abgeben, wenn es kurz darauf wieder zum vollen Wert verkauft werden kann. Im Vergleich dazu sei der Musterbaurechtsvertrag des Kantons Basel-Stadt deutlich investorenfreundlicher, da dort Gebäude im Heimfall grundsätzlich als wertlos gelten oder über komplexe Formeln teurer bewertet werden. Die Zofinger Lösung sei daher vorteilhaft für die Stadt.

Er empfiehlt, die 80%-Regel beizubehalten und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

**Marco Negri**, Einwohnerrat,

bedankt sich für die Fragen und spricht über den Unterhalt. Er betont, dass der Unterhalt nicht durch die Heimfallquote gesteuert wird. Der Vertrag verpflichtet die Baurechtsnehmenden zu einem ordnungsgemässen Unterhalt nach Artikel 779a ZGB und zu Erneuerungspflichten. Die Stadt führt Unterhaltskontrollen durch und hat bei Pflichtverletzungen die Möglichkeit, vorzeitig zurückzunehmen. Die Unterhaltungspflicht hat nichts mit den Heimfallquoten zu tun. Der Investor investiert, weil er den Mietzins will und wird das Objekt nicht verlottern lassen, auch wenn er gegen Ende der Laufzeit nicht mehr riesige Investitionen macht.

Für die Stadt ist der Vorteil, dass bei einer geringen Heimfallquote die zukünftigen Generationen in drei Generationen das Land frei nutzen können. Dann müssen sie die Gebäude abreißen und die Landkosten betragen Abrisskosten plus 10 %. Der neue Landwert in 90 Jahren wird bei 80 bis 200 Millionen Franken liegen, je nachdem, was der damalige Wert ist. Wenn die Stadt das Land kaufen muss, kann sie es nicht mehr umnutzen und ist gezwungen, es an einen Drittinvestor zu verkaufen. Dadurch hat die Stadt keine aktive Bodenpolitik mehr. Wenn die Stadt das Land verkaufen muss, muss sie Investoren finden, die es kaufen, sonst werden die Wohnungen verlottert.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

erklärt, dass ein tiefer Verkehrswert zu einem tieferen Preis führe und ein hoher Verkehrswert zu einem höheren Preis. Sie betont, dass die Heimfallregelung üblich sei. Sie stellt die Frage, ob die Häuser in 90 Jahren noch einen hohen Wert haben werden und ob es sinnvoll sei, sie abzubrechen. Sie hält dies als Schreckensszenarien und für unwahrscheinlich.

**Marco Negri**, Einwohnerrat,

hält fest, dass seine Ausführungen keine Schreckensszenarien seien, sondern direkte Konsequenzen aus dem Vertrag. Die Stadt müsse beim Heimfall 80 % des dann gültigen Verkehrswerts zahlen – selbst, wenn dieser sinke, handle es sich immer noch um Millionensummen. Das lasse sich nicht wegdiskutieren.

Er kritisiert das Argument, man könne die Gebäude später zu 100 % verkaufen. Ein Verkauf in 90 Jahren sei reine Spekulation, da niemand wisse, welche baulichen, energetischen oder marktseitigen Vorgaben dann gelten. Prognosen über den Immobilienmarkt im Jahr 2115 seien unrealistisch. Verträge dürften nicht auf Hoffnung oder hypothetischen Gewinnen basieren, sondern auf Sicherheit, Kalkulierbarkeit und Fairness.

Eine mögliche Verkaufschance in ferner Zukunft könne niemals eine garantierte Entschädigungspflicht von 100 bis 200 Mio. Franken rechtfertigen, falls die Gebäude gut unterhalten seien.

**Attila Gygax**, Einwohnerrat,

versteht die Bedenken, dass in 90 Jahren möglicherweise weniger Freiheit bei der Nutzung des Gebiets bestehen könnte. Er erkennt den Druck an, das Gebiet weiterhin in der aktuellen Bauweise zu nutzen. Gygax kommt zum gleichen Schluss wie der Stadtrat, dass solche Verträge üblich seien. Er fragt, ob Baurechtsverträge mit einer 10-%igen Heimfallquote bekannt sind.

**Yolanda Senn Ammann**, Einwohnerrätin,

hält fest, dass der Stadtrat sich fundiert informieren lassen habe. Sie empfindet entsprechende Bemerkungen als despektierlich. Sie erinnert daran, dass vor der letzten Sitzung eine Informationsveranstaltung stattfand und die FGPK das Geschäft bereits damals behandelte. Die nun vorgebrachten Punkte hätten ihrer Ansicht nach schon früher eingebracht werden können, zumal das Geschäft bereits einmal zurückgewiesen wurde. Sie warnt, dass sonst nicht dem Einwohnerrat oder dem Stadtrat die Luft ausgehe, sondern möglicherweise der Baurechtsnehmerin. Sie fordert, das Geschäft heute zu behandeln und nicht erneut zurückzuweisen.

**Marco Negri**, Einwohnerrat,

bestätigt, dass er Baurechtsverträge mit 10 % kennt. Er erwähnt sogar, dass sie selbst einen solchen Vertrag haben, der jedoch bei 0 % liegt.

**Hans Rudolf Sommer**, Einwohnerrat,

erwähnt, dass Marco Negri sich widerspricht, indem er einerseits von Hunderten von Millionen Franken in 90 Jahren spricht, andererseits aber betont, dass niemand so weit in die Zukunft sehen kann. Er berichtet von seiner beruflichen Tätigkeit für die Stadt Zürich, wo er ein Projekt umsetzen konnte, das die Übertragung eines Betriebs an eine privatrechtliche Stiftung und die Errichtung eines Baurechts beinhaltete. In diesem Baurechtsvertrag waren 75 % Heimfallentschädigung formuliert, was er als üblich bezeichnet. Der Stadtrat habe sich von einer namhaften Persönlichkeit beraten lassen, die sich intensiv mit Baurechten befasst. Er bittet darum, dies zur Kenntnis zu nehmen und dem Rückweisungsantrag nicht zuzustimmen.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

erwähnt, dass das Baurecht nach 90 Jahren auch ausgeweitet werden kann, falls die Gebäulichkeiten in gutem Zustand sind. Ohne Regelung zum Heimfall betrage dieser 100 %, was nicht gewünscht sei. Aufgrund der Diskussion frage sie sich, ob das Baurecht überhaupt das Richtige sei oder ob das Land verkauft werden solle. Sie halte es für sinnvoll, sich klar zu positionieren.

**Marco Negri**, Einwohnerrat,

erklärt, dass sie zwar nicht abgeneigt seien, das Grundstück zu verkaufen, dies aber nicht ihr Ziel sei. Sie könnten mit dem Baurecht leben, sofern die Konditionen und Bedingungen stimmen. Er betont, dass der kommenden Generationen eine Last überlassen wird, was ihr Hauptargument sei. Er räumt ein, dass andere dies anders sehen könnten, habe aber nichts gegen das Baurecht, sofern die Konditionen passen, was aktuell nicht der Fall sei.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

hält fest, dass der Einwohnerrat keinen politischen Grundsatzentscheid zur Abgabe des Areals im Baurecht gefällt habe. Ein entsprechender Vorstoss sei ursprünglich als Motion eingereicht, dann aber bewusst in ein Postulat umgewandelt worden. Damit habe der Einwohnerrat den Stadtrat lediglich beauftragt zu prüfen, ob eine Abgabe im Baurecht sinnvoll sei. Der Entscheid, das Grundstück tatsächlich im Baurecht abzugeben, liege daher vollständig beim Stadtrat, der dafür auch die Verantwortung trage.

---

### **Abstimmung über den Rückweisungsantrag der SVP**

Dem Antrag auf Rückweisung wird mit 8:32 (ja/nein) Stimmen nicht zugestimmt.

---

#### *Detailberatung*

**Michael Wacker**, Einwohnerrat

Zu II Ausgangslage, 6. Gestaltungsplan (GSP): Er empfiehlt dem Stadtrat, zusammen mit dem kantonalen BVU, eine bessere und sicherere Lösung für die rückwärtige Zufahrt zur künftigen Siedlung Untere Vorstadt zu erarbeiten. Er betont, dass der Einwohnerrat zwar keine Anträge zum Baurechtsvertrag stellen könne, aber Empfehlungen abgeben dürfe.

Die aktuelle Planung sieht eine Zufahrt über die rund 4 m breite Spitalgasse vor. Wacker schildert, dass das Kreuzen dort bereits heute schwierig sei und zusätzliche Parkplätze die Situation weiter verschärfen würden.

Aus seiner Sicht wäre eine direkte Erschliessung über die Mühlethalstrasse deutlich sicherer und übersichtlicher. Zudem könnten langwierige Rechtsverfahren vermieden werden. Er verweist auf einen ähnlichen Fall in Unterentfelden vor rund 15 Jahren, in dem der Regierungsrat nach einem Rechtsstreit eine alternative Zufahrt planen musste. Entscheidend sei jeweils die Breite der übergeordneten Strasse – im Fall Zofingen jene Richtung Coop –, nicht die Breite der schmalen Quartierstrasse.

Er empfiehlt daher ausdrücklich, eine bessere Erschliessungslösung über die Mühlethalstrasse zu prüfen.

**Daniela Nadler**, Einwohnerrätin

III Investorenwettbewerb Abgabe im Baurecht mit Studienauftrag: Es wurde erwähnt, dass man sich am 4. Juni über die DOMUM-Projekte informieren konnte. Sie fügt hinzu, dass in der Vorlage nicht erwähnt wird, dass die DOMUM schlüsselfertige Überbauungen an institutionelle Anleger verkauft. Dies stand auf einer entsprechender Präsentationsfolie. Sie betont, dass diese Überbauungen nicht lange im Besitz von DOMUM bleiben werden.

**Franziska Kremer**, Einwohnerrätin

III Investorenwettbewerb Abgabe im Baurecht mit Studienauftrag, 3. Baurechtsvertrag: Sie formuliert drei Anliegen, die der Stadtrat in die Verhandlungen einbringen soll:

Erstens fordert sie eine diskriminierungsfreie Vermietung, unabhängig von Alter, Geschlecht, Nationalität oder Religion. Ausnahmen sollen nur für spezifisch zugeschnittene Gebäude wie Alterswohnungen gelten. Sie betont, dass es in der Schweiz bereits Fälle diskriminierender Vermietung gebe und Zofingen solche Entwicklungen vermeiden müsse.

Zweitens regt sie eine Residenzpflicht für Mitglieder und Mieter der Baurechtsnehmerin an, damit diese ihren steuerlichen Wohnsitz in den entsprechenden Bauten nehmen. Eine solche Formulierung findet sich in Basler Mustermietverträgen.

Drittens plädiert sie dafür, in den für Dienstleistungen und Gewerbe vorgesehenen Flächen Nutzungen vorzusehen, die der Bevölkerung dienen, etwa ärztliche Grundversorgung oder Kindertagesstätten. Damit sollen öffentlich zugängliche Räume tatsächlich der Bevölkerung und den Bewohnenden zugutekommen.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat,

betont erneut die Bedeutung der Abklärungen mit dem Baudepartement des Kantons Aargau zum Strassenbauprojekt im Siegerprojekt. Für das Protokoll hält er fest, dass die aktuell geplante, namenlose Strasse nicht realisiert werden soll, wie es im Projekt Chaturaji vorgesehen ist. Er weist darauf hin, dass das Baudepartement erfahrungsgemäss an bewilligten Strassenbauprojekten festhält und nun Verkehrsmodellrechnungen verlangt. Aus seiner Sicht sind solche Berechnungen unnötig, da der geringe motorisierte Verkehr problemlos über den Kreisel geführt werden kann. Die wenigen Fahrzeuge, die die Schulhausstrasse als Abkürzung ins oder aus dem Mühlethal nutzen, rechtfertigen keinen neuen Strassenbau. Eine zusätzliche Strasse würde die Blutbuche und die Lebensqualität der Siedlung beeinträchtigen. Er fordert den Stadtrat auf, dies gegenüber dem Kanton mit Nachdruck zu vertreten.

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident

Es ist möglich, Sachverständige Dritter das Wort zu erteilen und bittet Elisabeth Villiger, Präsidentin DOMUM, ans Rednerpult.

**Elisabeth Villiger**, Präsidentin DOMUM,

hält fest, dass die DOMUM klar gegen Diskriminierung steht und in den Siedlungen eine soziale Durchmischung anstrebt – über verschiedene Altersgruppen und weitere Merkmale hinweg. Sie versichert, dass dies den eigenen Werten entspricht und entsprechend umgesetzt wird.

Bei den öffentlichen Räumen betont sie das Ziel einer vielfältigen Nutzung, etwa durch Arztpraxen. Gleichzeitig weist sie darauf hin, dass solche Angebote nur entstehen können, wenn sich entsprechende Anbieter wie Ärztegemeinschaften für eine Miete entscheiden. Die Offenheit dafür sei jedoch vollständig gegeben.

Sie erklärt, dass es regelmässig gelingt, Räume so zu vermieten, dass sie nicht nur den Mietenden, sondern auch der Bevölkerung dienen, etwa für Physiotherapie oder andere öffentliche Nutzungen. Dies entspreche dem Grundgedanken von DOMUM: ein vielfältiges Miteinander, unterstützt durch einen Siedlungscoach, wie es bereits in den DOMUM-Siedlungen erfolgreich praktiziert werde.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

ergänzt die Hinweise von Michael Wacker zur Erschliessung Spitalgasse und hält fest, dass diese der Erschliessung der Besucherparkplätze und Wohnungen dient und über das Stumpenstück der namenlosen Strasse geführt wird. Den Nachdruck zur Thematik der namenlosen Strasse nimmt sie gerne auf.

Zum Thema Veräusserung erklärt sie, dass ein Verkauf an eine Drittpartei derzeit nicht vorgesehen ist, wie bereits im Vorfeld auf eine entsprechende Frage von Marco Negri zusammen mit DOMUM beantwortet wurde. Sie betont, dass es ein zukunftsweisendes Projekt ist und ein wichtiger nächster Schritt für den Ort so möglich wird – sowohl hinsichtlich der verkehrlichen Situation als auch der Aufwertung des Gebiets. Abschliessend dankt sie für die Unterstützung und die Einräumung des Baurechts.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

---

### **Abstimmung**

Der Einräumung eines Baurechts in der Unteren Vorstadt (Perimeter Gestaltungsplan Parzellen Nr. 744, 745, 747, 748, 749, 754, 755 und 2847) an die Wohnbaugenossenschaft DOMUM (gemäss vorstehenden Eckwerten unter III, Ziff. 3) sei zuzustimmen.

**Dem Antrag des Stadtrats wird mit 31:9 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.**

---

## Traktandum 4

### ER.2025.042

#### Entschädigung Stadtratsmitglieder - Flexibilisierung innerhalb des bewilligten Budgets

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Claudia Schürch**, Referentin FGPK,

erklärt, dass die FGPK von Anfang an mit der unbefristeten Einführung der Flexibilisierung der Stellenprozente im Stadtrat einverstanden war. Sie erwähnt, dass es eine kurze Diskussion gab, ob die Flexibilität zu gross sein könnte, aber man war der Meinung, dass der Stadtrat eine faire Lösung finden werde. Daher habe man das Geschäft angenommen. Sie betont, dass ihre Fraktion EVP-Die Mitte dieselbe Meinung vertritt.

**Rainer Böni**, Fraktionsvotum (FDP/ZM)

Die Fraktion stellt fest, dass die Ressortverteilung erfolgt ist und es keine unfairen Verteilungen gibt. Sie vertraut darauf, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

**Anders Sjöberg**, Fraktionsvotum (glp)

Die GLP-Fraktion unterstützt den stadträtlichen Antrag. Bewährte Praktiken sollen unbefristet übernommen werden, ohne dass es zu Verschiebungen der Machtverhältnisse kommt. Es liegt im Interesse der Stadtratsmitglieder, ein entsprechendes Pensum zu haben, um nicht marginalisiert zu werden. Andernfalls riskieren sie, die Wähler und Wählerinnen zu enttäuschen. Unabhängig vom Pensum bleibt das Wahlrecht erhalten.

**Karin Burkard**, Fraktionsvotum (Grüne),

fasst zusammen, dass die Grünen das Geschäft nicht gross diskutiert haben und es sinnvoll finden, dass der Stadtrat die Ressorts unterschiedlich gewichten und vergeben kann. Sie verstehen die Bedenken bezüglich ungleicher Machtverteilung, vertrauen aber darauf, dass alle Stadtratsmitglieder an einer Führungsaufgabe interessiert sind und faire Konsense in der Verteilung und der Gewichtung der Ressorts gefunden werden. Die Fraktion der Grünen stimmt dem Antrag zu.

**Barbara Willisegger**, Fraktionsvotum (SVP)

Die SVP unterstützt den Antrag des Stadtrats. Die Verteilung der Ressorts ist gemacht und die Gesamtsumme des Lohns wird eingehalten, darum hat die SVP nichts dagegen.

**Franziska Kremer**, Fraktionsvotum (SP),

schliesst sich den vorherigen Voten an und vertraut darauf, dass die gewählten Stadtratsmitglieder eine gute Lösung finden.

**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin

bedankt sich für die positive Aufnahme und betont, dass die Übernahme der Verantwortung sinnvoll sei. Sie dankt für das Vertrauen.

*Detailberatung*

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

---

**Abstimmung**

Dem Stadtrat sei die Kompetenz zu übertragen, die Entschädigung seiner Mitglieder im Rahmen des genehmigten Budgets frei festzulegen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 39:0 (ja/nein) Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

---

## Traktandum 5

### ER.2025.037

#### **Interpellation von Raphael Lerch (SVP) vom 15. September 2025 betreffend "Geplante öffentliche Parkierungsanlage in der Überbauung Untere Vorstadt"; Beantwortung Stadtrat**

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Raphael Lerch**, Einwohnerrat (Interpellant),

stellt fest, dass der Versuch, die Fragen zu beantworten, gezeigt habe, dass das Parkhaus nicht gesichert sei. Er betont, dass die finanziellen Folgen für die Stadt unklar seien. Er kritisiert, dass der Stadtrat bei der Parkplatzsache ähnlich wie beim Baurechtsvertrag verhandelt habe und dies nicht gut sei.

---

## Traktandum 6

### ER.2025.038

#### **Interpellation von Rainer Böni (FDP) vom 15. September 2025 betreffend "Haltung des Stadtrats gegenüber politischen Vorstössen"; Beantwortung Stadtrat**

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Rainer Böni**, Einwohnerrat (Interpellant),

bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung und stimmt grundsätzlich zu. Er freut sich, dass in letzter Zeit Fortschritte gemacht wurden. Er ist froh, dass Themen in Zukunft schneller behandelt werden, wie versprochen.

---

## Traktandum 7

### ER.2025.039

#### **Interpellation von Anders Sjöberg (glp) vom 15. September 2025 betreffend "Bevölkerungswachstum und seine Auswirkung auf Zofingen"; Beantwortung Stadtrat**

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Attila Gygax** Einwohnerrat,

äussert sich teilweise zufrieden mit den Antworten, sieht aber noch Verbesserungspotenzial. Er betont, dass das Wachstum in Zofingen eine grosse Herausforderung für die nächsten Legislaturen darstellt. Dabei geht es um Infrastruktur-, Schul- und Verkehrsprojekte. Er wünscht sich mehr Engagement des Stadtrats bei der Mobilitätsentwicklung und kritisiert, dass Chancen bei Gestaltungsplänen in der Vergangenheit nicht genutzt wurden. Zudem erwähnt er die Quartierverträglichkeit als Beispiel für verpasste Chancen.

---

## Traktandum 8

### ER.2021.196.2

#### Postulat von Franziska Kremer (SP) vom 21. Juni 2021 betreffend "Schaffung einer freiwilligen öffentlichen Tagesschule in Zofingen"; Bericht Stadtrat

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Franziska Kremer**, Einwohnerrätin (Postulantin),

bedankt sich für die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Schule, der Verwaltung und dem Stadtrat. Sie erwähnt, dass sie im Juni 2021 gemeinsam mit Sandra Olar und Salome McNaught die Idee einer freiwilligen öffentlichen Tagesschule in Zofingen entwickelt haben. Der Stadtrat hat diese Idee aufgegriffen und prüft nun die Möglichkeiten und den Rahmen für die Umsetzung. Seit 2022 arbeitet eine Arbeitsgruppe daran, Informationen zu sammeln und Absprachen mit anderen Gemeinden zu treffen. Kremer ist zufrieden mit den bisherigen Ergebnissen und unterstützt die Anträge des Stadtrats.

**Joël Brünisholz**, Einwohnerrat

Die Grüne Fraktion unterstützt das Vorgehen des Stadtrats und fordert, dass die Stadt Zofingen mit anderen Städten bei der Implementierung öffentlicher Tagesschulen vorwärtsgeht. Sie betont, dass damit Institutionen für finanziell schwächer gestellte Familien geschaffen werden. Die Fraktion wünscht sich explizitere Unterstützungshilfen und mehr Möglichkeiten, um auf alleinerziehende Personen oder finanziell benachteiligte Familien einzugehen. Die Grüne Fraktion unterstützt den Stadtrat weiterhin in seinem Vorgehen.

**Carla Fumagalli**, Einwohnerrätin,

betont, dass Bildung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie wichtige Anliegen sind. Sie schätzt die Prüfung der freiwilligen öffentlichen Tagesschule und die Bereitschaft, das Projekt detaillierter auszuarbeiten. Für die Detailausarbeitung schlägt sie eine breitere Bedarfsanalyse vor, da diese bisher gefehlt habe. Sie hofft, dass die Tagesschule die Attraktivität von Zofingen als Wohnort fördert. Zudem regt sie an, die Auslastung der geplanten Tagesstruktur in der Friedau abzuwarten. Für das Detailkonzept wünscht sie sich eine gute Durchmischung der Klassen, um soziale Segregation zu vermeiden. Sie schlägt vor, von anderen Orten zu lernen, wie man mit solchen Herausforderungen umgeht. Grundsätzlich unterstützt sie die Idee, möchte aber mit der Abschreibung des Postulats warten, bis ein detaillierteres Konzept vorliegt.

**Rahel Gassner**, Einwohnerrätin,

stellt die Frage, warum die Ganztagesbetreuung von Kindergarten- und Schulkindern eine staatliche Aufgabe sei und durch Steuerzahler quersubventioniert werden soll. Sie kritisiert, dass das Konzept zwar inhaltlich ausführlich sei, bei den Finanzen jedoch vage bleibe. Die Kostenrechnung werfe erhebliche Fragen auf, da Raumkosten fehlen. Für 176 Kinder seien gemäss Kibesuisse 528 m<sup>2</sup> Schulraum sowie Aufenthalts- und Essensräume nötig. Der Stadtrat behaupte, der aktuelle Raumbedarf reiche aus, doch Gassner fragt, wo acht zusätzliche Klassen untergebracht werden sollen, wenn bereits Schulraumknappheit herrsche.

Sie hinterfragt auch die Kosten bei der Küchenhilfe von 264 Franken pro Tag, die für das Tischensetzen, die Bereitstellung von Mahlzeiten und Aufräumarbeiten zu tief erscheinen. Ohne Vollkostenrechnung führe das Modell zu einer Quersubventionierung durch die Allgemeinheit und konkurrenzieren private

Anbieter, die freie Plätze zu Tarifen von 100 bis 125 Franken pro Tag anbieten. Mit den vorgeschlagenen 60 Franken lässt sich kaum ein kostendeckender Betrieb führen. Der Bericht befasse sich vor allem mit weichen Faktoren, beleuchte die Finanzierung jedoch oberflächlich.

Die SVP sei überzeugt, dass Ganztagesbetreuung keine staatliche Aufgabe sei. Sie stimme einer Schaffung einer Tagesschule nur zu, wenn sie auf einer Vollkostenrechnung basiere und selbsttragend geführt werde, ohne Belastung der Steuerzahler. Vom Bericht des Stadtrats nehme man Kenntnis und stimme auch dem Antrag des Stadtrats zu, das Postulat abzuschreiben.

**Lukas Fankhauser**, Stadtrat,

bedankt sich für die positiven Rückmeldungen. Er klärt auf, dass nur die Betreuungszeit der Tagesschule finanziert werden muss, nicht der gesamte Tag, da der Schulbetrieb kostenlos ist. Die Betreuungszeiten umfassen eine Stunde oder eineinhalb Stunden vor dem Schulbetrieb, die Mittagszeit und die Zeit nach der Schule. Dies ist nicht vergleichbar mit einer Ganztagesbetreuung in einer Kita, die folglich deutlich teurer sei.

Betreuungsgutscheine gelten auch für die Tagesschule, sodass sozial schwächere Familien ihre Kinder ebenfalls finanzieren können. Die Detailausarbeitung steht noch aus und umfasst eine breite Bedarfsanalyse und eine effektive Kostenberechnung. Derzeit sei es noch nicht möglich, genaue Kosten zu nennen, aber die Machbarkeit einer freiwilligen öffentlichen Tagesschule in Zofingen werde aufgezeigt. Er bittet um Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrats.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

---

### Abstimmung

1. Vom Bericht des Stadtrats zum Postulat sei Kenntnis zu nehmen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 34:6 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

2. Das Postulat sei abzuschreiben.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 36:4 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

---

### Traktandum 9

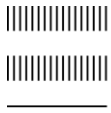
#### ER.2022.05 1.2

#### Postulat von Luc Zobrist (FDP) vom 24. Oktober 2022 betreffend "Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens von Veranstaltungen"; Bericht Stadtrat

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Luc Zobrist**, Einwohnerrat (Postulant),

bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für die Mitarbeit am Bericht. Er freut sich, dass konkrete Massnahmen identifiziert und bereits einige davon umgesetzt wurden, um ein einfacheres Bewilligungsverfahren zu schaffen. Er findet, dass der Bericht etwas zu kurz ausgefallen ist und wünschte sich eine Angabe, wie viel schneller die Verfahren nun für Veranstaltungen ablaufen. Insgesamt unterstützt er jedoch die Stossrichtung und ist zufrieden, dass ein Schritt in die richtige Richtung gemacht wird.



**Christiane Guyer**, Stadtpräsidentin,

bedankt sich für die Einschätzung und betont, dass nicht nur der Bericht wichtig sei, sondern auch die Umsetzung des Postulats. Sie betont die Bedeutung der Verschlankeung und Vereinfachung des Prozesses, was ein Dauerprozess sei. Sie sieht dies als Dienstleistung der Verwaltung, die vergleichbar und für alle gleich sein sollte. Bezüglich der Verfahrenslänge weist sie darauf hin, dass die Qualität der Gesuche und Unterlagen entscheidend sei und ruft alle Veranstalterinnen und Veranstalter auf, diese zu verbessern, um den Prozess zu beschleunigen.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

---

### Abstimmung

1. Vom Bericht des Stadtrats zum Postulat sei Kenntnis zu nehmen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Postulat sei abzuschreiben.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

---

### Traktandum 10

#### ER.2024.014

#### Postulat von Gian Guyer (Grüne) vom 18. März 2024 betreffend "Begrünung des Bahnhofplatzes in Zofingen"; Haltung Stadtrat

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**Thomas Affentranger**, Einwohnerrat,

erklärt, dass Gian Guyer eine effiziente und einfache Begrünungsmassnahme fordert, um den Platz ökologisch aufzuwerten und das Mikroklima zu verbessern. Er betont, dass der Beitrag der Massnahme von der Art und Grösse der Bäume sowie der Tauglichkeit des Verwässerungssystems abhängt. Affentranger hofft, dass die Massnahmen geeignet sind und einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität des Ortes leisten. Er verweist auf die Neugestaltung des Bahnhofplatzes und kritisiert, dass nachträgliche Optimierungsmassnahmen eher kosmetischer Natur seien und einen schlechten Kosten-Nutzungseffekt hätten. Die geplanten 75'000 Franken könnten besser und effizienter investiert werden. Affentranger fordert, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen und die Aufgaben vorausschauend und zukunftsorientiert anzupacken. Er empfiehlt, das Postulat zu überweisen.

**René Schindler**, Einwohnerrat,

betont, dass die Bäume am Bahnhofplatz sinnvoll seien und Schatten spenden, zum Verweilen einladen sowie den Platz aufwerten. Die Kosten seien zwar hoch, aber vertretbar angesichts des Mehrwerts für die Bevölkerung. Die SVP-Fraktion spricht sich für ein Ja zur Begrünung aus, fordert aber, dass bei zukünftigen Projekten die Begrünung vorgängig eingeplant wird. Er bedankt sich für die Überweisung an den Stadtrat.

**Thomas Keller**, Einwohnerrat,

fragt, wie es beim Bahnhof im Allgemeinen weitergehen soll, nachdem ein weiteres Postulat zur Beantwortung vorliegt. Es gibt Probleme mit Wasser in der Unterführung und ungelöste Verkehrssituationen. Es stellt sich die Frage, wie sinnvoll eine Begrünung mit fünf Töpfen für 75'000 Franken ist, auch wenn das Geld von Dritten stammt. Er kritisiert, dass das Baugesuch bereits eingereicht wurde und zusätzliche Elemente wie Beleuchtungsposten und einen Wegweiser enthält. Die Fraktion lehnt die Überweisung des Postulats ab, da der Stadtrat bereits gehandelt hat.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat,

bedankt sich bei Thomas Keller für dessen Ansinnen und bringt einen weiteren Punkt ein. Er erwähnt, dass Anfang Oktober das Baugesuch aufgelegt wurde und deckungsgleich mit den Formulierungen im Postulat ist. Der Stadtrat lässt sich das noch überweisen. Dies bedeutet, dass er spätestens in einem Jahr noch einen Bericht dazu schreiben muss. Danach muss das Postulat erneut behandelt werden. Michael Wacker schlägt vor, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben.

**Hans Rudolf Sommer**, Einwohnerrat,

stimmt grundsätzlich zu, findet die Bäume in Töpfen aber nicht überwältigend. Er weist darauf hin, dass auf versiegelten Flächen keine andere Option besteht. Er schlägt vor, entlang der Rampe zum Velokeller noch 2 oder 3 Bäume zu pflanzen, da dort erdreicher Boden vorhanden ist. Er bittet den Stadtrat, dies in die Überlegungen miteinzubeziehen.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

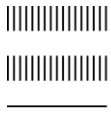
bedankt sich für die wohlwollenden und kritischen Voten. Das Postulat thematisiere bereits bekannte Punkte, jedoch sei die Planung des Bahnhofplatzes aus dem Jahr 2012, als Klimaerwärmung noch nicht so aktuell war. Heute plane man bereits in diese Richtung, zum Beispiel beim Eisengrubenweg und der Oberen Mühlemattstrasse. Man habe selbst festgestellt, dass der Bahnhofplatz bei Hitze keine angenehme Aufenthaltsqualität biete. Daher prüfe man Möglichkeiten zur Begrünung und Schatten spendenden Massnahmen. Der Stadtrat ging davon aus, dass das Postulat überwiesen wird und habe bereits ein Baugesuch eingereicht, um die Begrünung schnell umsetzen zu können. Falls das Postulat nicht überwiesen werde, werde der Stadtrat die Pläne noch einmal überprüfen. Weishaupt bedankt sich und hofft auf eine Überweisung des Postulats.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

erwähnt, dass im Rat grosse Einigkeit über die Massnahmen herrsche. Er findet den Vorschlag von Michael Wacker sinnvoll, den politischen Willen auszudrücken und direkt abzuschreiben, um die Verwaltung zu entlasten. Er stellt eine technische Frage zur Finanzierung: Es heisst, dass Dritte die Kosten tragen und bei Bedarf ein Zusatzkredit beantragt werde. Er fragt, ob im Budget 2026 etwas dafür eingestellt sei, da er nichts gefunden habe. Er möchte wissen, ob ein Zusatzkredit mit einem Budgetkredit verknüpft sein muss oder ob man einen Zusatzkredit für eine nicht abgeseignete Leistung beantragen kann.

**Robert Weishaupt**, Stadtrat,

bedankt sich und teilt mit, dass das Projekt praktisch vollständig gedeckt ist. Es fehlt nur noch eine schriftliche Zusage. Im Budget 2026 könnte der noch fehlende minimale Betrag mit der laufenden Rechnung beglichen werden.



**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,  
klärt, dass es sich um einen Nachtragskredit handelt, der beantragt wird, und nicht um einen Zusatzkredit, wie fälschlicherweise erwähnt wurde.

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident  
Es liegt folgender Antrag vor:

---

### **Zusatzantrag Michael Wacker (SP-Fraktion)**

#### *2. Das Postulat sei gleichzeitig abzuschreiben.*

---

Er verweist auf § 27 Absatz 2 der Gemeindeordnung, der vorschreibt, dass der Stadtrat bei Überweisung eines Postulats durch die Ratsmehrheit innert einem Jahr Bericht erstatten muss. Laut Geschäftsreglement § 49 Absatz 6 können Motionen und Postulate erst mit dem Bericht des Stadtrats beschrieben werden.

**Michael Wacker**, Einwohnerrat,  
glaubt, dass es kaum Abstimmungsbeschwerden gäbe, wenn man die Vorlage heute gleichzeitig abschreiben würde. Auch die Gemeindeabteilung in Aarau würde wahrscheinlich deswegen nicht intervenieren. Die Haltung des Stadtrats zum Postulat wird als gleichzeitigen Bericht interpretiert. Was will der Stadtrat in einem weiteren Bericht noch weiter ausführen? Die Verwaltung sollte nicht beübt werden.

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident,  
weist darauf hin, dass die Einhaltung der Bestimmungen Verpflichtung sei und in der Gemeindeordnung klar geregelt seien und diese nicht ignoriert werden könnten. Der Antrag wird nicht zugelassen. Er bedankt sich für das Verständnis.

**Attila Gygax**, Einwohnerrat  
Der Inhalt des Postulats wird unterstützt. Er empfiehlt dennoch, das Postulat abzulehnen, um Aufwand zu sparen. Er ist der Meinung, dass der Stadtrat das einfach umsetzen soll und bedauert, dass es das Postulat überhaupt braucht.

**Yvonne Lehmann**, Einwohnerrätin,  
kehrt zum Vorschlag von Michael Wacker zurück und schlägt vor, dass der Stadtrat den Bericht morgen in der Sitzung vorlesen und die Anwesenden ihn dann abschreiben können.

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident,  
erklärt, dass die Angelegenheit nicht so einfach sei. Das Geschäft ist nicht traktandiert und kann wahrscheinlich nicht so schnell umgesetzt werden.

**Stéphanie Szedlák**, Einwohnerrätin,  
erwähnt, dass nirgends geschrieben steht, dass der Bericht schriftlich sein muss. Theoretisch war dies ein mündlicher Bericht des Stadtrats gewesen und man könnte dies nun abschreiben.

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident,  
erklärt, dass die Abläufe klar sind und man sich an die Gemeindeordnung halte. Er betont, dass ein Bericht immer schriftlich gewesen sei und ein in einem Protokoll festgehaltener mündlicher Bericht nicht ausreiche.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

---

### **Abstimmung**

Das Postulat sei an den Stadtrat zu überweisen

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 28:11 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

---

### **Traktandum 11**

#### **ER.2024.041**

#### **Postulat von André Kirchhofer (FDP) vom 25. November 2024 betreffend "Neubeurteilung Spitex-Dienstleistungen"; Haltung Stadtrat**

*Eintreten ist nicht bestritten.*

**André Kirchhofer**, Einwohnerrat (Postulant),

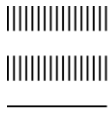
bedankt sich für die Beantwortung des Postulats und betont, dass dieses kein Misstrauen gegenüber der Organisation oder den Mitarbeitenden ausdrückt. Er stellt fest, dass die Kosten entgegen früheren Zusicherungen gestiegen sind und sieht darin Handlungsbedarf für eine Analyse. Kirchhofer klärt, dass das Postulat keinen sofortigen Austritt aus der Spitex verlangt, sondern lediglich einen Prüfbericht zur Kostenentwicklung. Er freut sich über die Verbesserung der finanziellen Situation der Spitex Region Zofingen, weist aber darauf hin, dass der Budgetposten negativ tendiert. Er schlägt vor, diesen genauer zu analysieren und betont, dass die Qualität der Leistungen erhalten bleiben muss. Kirchhofer lädt den Einwohnerrat ein, das Postulat zu überweisen.

**Michèle Graf**, Einwohnerrätin,

stellt fest, dass das Postulat auf einer vergangenen Situation basiert. Im Herbst 2024 befand sich die Spitex Region Zofingen in einer schwierigen Phase mit Führungswechsel, hohen Kosten und Unruhe im Team. Heute, im November 2025, habe sich die Spitex stabilisiert. Es gebe eine neue Führung, gefestigte Strukturen, bessere Produktivität und stabilere Finanzen. Das Team arbeite wieder ruhig, motiviert und konstruktiv. Eine erneute Prüfung der Leistungsvereinbarung verursache Verunsicherung, Misstrauen und Instabilität, was gerade überwunden worden sei. Die Pflegebranche stehe unter extremem Kostendruck, den man nicht auf kommunaler Ebene lösen könne. Eine erneute Prüfung der Spitex Zofingen in Frage zu stellen, sei nicht verantwortungsvoll. Man müsse die Stabilität der Spitex erhalten, um die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Deshalb bitte sie darum, das Postulat nicht zu überweisen.

**Anders Sjöberg**, Einwohnerrat

denkt, dass jetzt der falsche Zeitpunkt für einen Prüfungsauftrag sei. Der Stadtrat habe zusammen mit der Geschäftsleitung einen guten Job gemacht und die Situation offensichtlich stabilisiert. Der Stadtrat habe den Auftrag, die Entwicklung der Spitex zu verfolgen, und zwar auch ohne Prüfungsauftrag. Falls es trotzdem nicht reiche, gebe es später die Gelegenheit für einen neuen Prüfungsauftrag, um die Situation neu zu beurteilen.



**Michael Wacker**, Einwohnerrat,

stellt fest, dass das Postulat eine Daueraufgabe des Stadtrats in seiner Exekutivfunktion darstelle. Er betont, dass Eigentümerstrategien und Leistungsvereinbarungen ständig auf Effizienz, Kosten und andere Parameter überprüft werden müssen. Durch die Überweisung des Postulats würden die Spitex-Organisationen und ihre Mitarbeitenden nicht unter Druck gesetzt, sondern der Stadtrat in Verhandlungen mit anderen Vertragsgemeinden gestärkt. Zudem diene das Postulat dazu, den Druck auf den Stadtrat aufrechtzuerhalten, seine Exekutivaufgaben wahrzunehmen. Er bittet um die Überweisung des Postulats.

**Dominik Gresch**, Stadtrat,

betont, dass die Wichtigkeit der Spitex-Leistungen (Stichwort Versorgungssicherheit) unbestritten ist und die finanziellen Herausforderungen anerkannt werden. Er erwähnt, dass die eingeleiteten Massnahmen und der Einsatz der Spitex-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter geschätzt werden, unabhängig vom Ausgang des Postulats. Gresch weist darauf hin, dass es sich um einen Prüfauftrag handelt und nicht um einen konkreten Auftrag, die Vereinbarung sofort zu kündigen. Die Fraktionen sind sich uneinig, ob das Postulat zum jetzigen Zeitpunkt benötigt wird. Er weist darauf hin, dass die Stadt Zofingen und andere Gemeinden einen starken Anstieg bei den Restkosten verzeichneten, was Handlungsbedarf zeigt. Durch Massnahmen konnten die Restkosten in diesem Jahr um rund einen Achtel oder 12,5 % reduziert werden. Die Situation beim Zurückgewinnen von Marktanteilen ist jedoch anspruchsvoller und stellt eine allgemeine Entwicklung dar. Die ambulanten Restkosten in Zofingen stiegen von 200'000 Franken im Jahr 2021 auf 426'000 Franken im Jahr 2024. Gresch betont, dass die Stadt Zofingen als Miteigentümerin mehr Einfluss geltend machen kann und der Stadtrat gewillt ist, sich weiterhin einzubringen. Sollte das Postulat überwiesen werden, möchte der Stadtrat das Thema Dienstleistungsqualität ausklammern, da diese ohnehin gewährleistet sein muss. Im Fall der Überweisung wird der Stadtrat bestrebt sein, den geforderten Bericht möglichst bald vorzulegen. Gresch informiert über eine erfreuliche Entwicklung: Die Fluktuationsrate hat sich von über 30 % auf 17,4 % reduziert. Er bittet die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, das Postulat nicht zu überweisen und der Spitex Region Zofingen AG mehr Zeit für die finanzielle Stabilisierung und die Weiterentwicklung der Organisation zu geben.

**Tobias Hottiger**, Einwohnerrat,

erwähnt, dass das Postulat eine ergebnisoffene Prüfung vorsieht und betont, dass es nicht darum geht, jemanden infrage zu stellen. Er zeigt sich überrascht über gewisse Voten, die das Postulat abtun. Hottiger verweist auf die kantonale Politik und die gesundheitspolitische Gesamtplanung, die Versorgungsregionen vorsieht. Er sieht die Spitex-Region Zofingen als mögliches Gefäss für eine solche Versorgungsregion. Zudem weist er auf das komplizierte Finanzierungssystem der Spitex hin und betont die Notwendigkeit einer faktenbasierten Diskussion. Hottiger plädiert dafür, das Postulat zu überweisen, da es relevante Themen für die Versorgung der Bevölkerung und die Gemeindefinanzen adressiert.

**Jürg Kast**, Einwohnerrat,

erklärt, dass seine Partei das Postulat zunächst nicht überweisen wollte, mit der Anmerkung, dass es nicht um ein Austreten aus der Organisation geht, sieht es wieder anders aus. Er betont, dass die Kosten steigen werden, da die demografische Entwicklung zu einer höheren Nachfrage nach Spitex-Leistungen führt. Die Tendenz von stationär zu ambulant sei ein Fakt. Eine Überprüfung bringe wenig, da die Kosten ohnehin steigen werden. Er unterstützt die Idee, das Angebot für die Region Zofingen solidarisch auszuweiten, warnt aber vor Rosinenpickerei durch andere Anbieter. Die Finanzierungsfrage werde die Zukunft begleiten, doch er habe Vertrauen in den Stadtrat. Die Grünen seien in der Entscheidung geteilt.

**Andrea Plüss**, Einwohnerrätin,

fragt nach Aktivitäten zur gesundheitspolitischen Gesamtplanung GGpl 2030 in der Region und der Einbindung der Stadt. Sie stellt die Frage, warum bereits jetzt ein Bericht erstellt wird, wenn die Altersplanung später überregional betrachtet wird.

**Dominik Gresch**, Stadtrat,

bestätigt, dass Gespräche im Rahmen von zofingenregio laufen. Vor einigen Wochen wurde eine Konferenz mit Beteiligung der Gemeinden durchgeführt. Man schaut sich auch an, wie andere Regionen im Kanton vorgehen, die weiter sind. Es ist eine Herausforderung, da personelles Fachwissen begrenzt ist. Der Ansatz, das über mehrere Regionen zu bündeln und zu professionalisieren, ist richtig. Der Regionalverband ist aktiv und überlegt, wie man mit der Arbeitsgruppe Pflege weiter umgeht.

*Das Wort wird nicht weiter verlangt.*

---

### Abstimmung

Das Postulat sei nicht an den Stadtrat zu überweisen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 17:22 (ja/nein) Stimmen nicht zugestimmt.

*Die Vorstösse sind auf [www.zofingen.ch/einwohnererrat](http://www.zofingen.ch/einwohnererrat) einsehbar.*

---

**Matthias Hostettler**, Einwohnerratspräsident

Der Einwohnerratspräsident bedankt sich für die engagierte Debatte und verweist auf die nächste Sitzung von morgen Dienstag, 25. November 2025 statt.

Zofingen, 12. Januar 2026

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Matthias Hostettler  
Einwohnerratspräsident



Patrick Siegrist  
Einwohnerratssekretär